

# UMDENKEN

## *Die liberale Grundsicherung*

Volker Kier

Globalisierung, Flexibilisierung und Mobilität, Rationalisierung, freie Dienstverträge, Telearbeit sind schlagwortartig nur einige Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaft stellen muß, um ihren Wohlstand und ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Will diese Gesellschaft gleichzeitig eine tiefe Spaltung in Arbeitshabende und Arbeitslose vermeiden, dann muß sie den Mut aufbringen, die vertrauten, aber eine nur mehr trügerische Verlässlichkeit ausstrahlenden, Sozialsysteme durch solche zu ersetzen, die den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Als Antwort darauf hat das Liberale Forum die Idee einer von Erwerbsverhältnissen entkoppelten Grundsicherung in die politische Diskussion eingebracht, die sich bereits darin erschöpft hatte, in Spar- und anderen Paketen verschnürte Fortschreibungen des Bestehenden als Reformen zu präsentieren.

Es ist daher grundsätzlich erfreulich, daß die Grünen diesen Faden nun aufgenommen haben und ihrerseits ein Grundsicherungsmodell präsentieren. (Wann wird die Regierung soweit sein?)

### **Gegenüberstellung Liberale und Grüne Grundsicherung**

Eine Gegenüberstellung beider Lösungsansätze zeigt signifikante Unterschiede: Ziel des Liberalen Vorschlages ist die Entkoppelung der sozialen Sicherheit vom Arbeitsplatz im althergebrachten Sinne, um neue Formen von Arbeitsverhältnissen und Lebensentwürfen, bei aufrechter sozialer Sicherheit zu ermöglichen. Dazu wird die Grundsicherung in das Steuersystem integriert und ist als Steuerguthaben von 6000 bis 8000 Schilling pro Monat ausgebildet, welches ausgezahlt wird, soweit es nicht durch die Steuerpflicht für ein zusätzliches Einkommen ganz oder teilweise aufgebraucht wurde. Als Anreiz, zusätzliches Einkommen anzustreben, wird noch ein Steuerfreibetrag von 2000 bis 4000 Schilling eingeführt. Wohnbeihilfen bleiben aufrecht, solange der ungerecht reglementierte Wohnungsmarkt dies erfordert. Für Kinder wird ein Existenzminimum festgesetzt, das nur dann aus Steuermitteln ergänzt wird, wenn die Eltern es nicht aufbringen können. Die Liberale Grundsicherung ist gleichzeitig Grundpension. Die Altersversorgung soll darüber hinaus durch eine Versicherungspflicht für Erwerbstätige und durch Eigenvorsorge ergänzt werden.

Die Grünen halten am traditionellen Bild einer Vollbeschäftigung im Sinne lebenslanger unselbständiger Erwerbstätigkeit für den überwiegenden Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung fest. Dieses Ziel soll einerseits durch eine verordnete allgemeine Arbeitszeitverkürzung erreicht werden, andererseits sind staatlich bezahlte Beschäftigungsinitiativen im Bereich ökologischer und sozialer Dienste vorgesehen - Frau BM Hostasch würde es „nicht marktfähige Tätigkeiten“ nennen. Ergänzend dazu soll die Grüne Grundsicherung bestimmte anerkannte Bedürfnissituationen dadurch überbrücken, daß ein Betrag von öS 6.000 pro Person + öS 2.000 pro Wohnung die materielle Existenzsicherung gewährleistet. Nach Beendigung der anerkannten Bedürfnissituation soll die Grüne Grundsicherung wieder entfallen. Kinder sollen einheitlich 2.500 Schilling erhalten. Die Grüne Grundsicherung stellt gleichzeitig eine Mindestpension dar, die durch eine, weiterhin vom Erwerbseinkommen abhängige, Sozialversicherungspension bis zu einem Höchstbetrag von öS 32.000 aufgebessert werden kann.

Um beide Konzepte fair zu vergleichen, sind sie daraufhin zu überprüfen, ob sie einen Ansatz enthalten, der auf die grundlegend geänderten Randbedingungen Rücksicht nimmt und auf ihnen aufbaut oder ob lediglich der Versuch unternommen wird, Schwächen des derzeitigen Sozialsystems so recht und schlecht zu beheben.

Liberale und Grüne sagen: Geben wir dem Menschen, der es nicht hat, soviel Geld, daß seine existentiellen Bedürfnisse (einschließlich Wohnen) in ausreichendem aber bescheidenen Ausmaß gedeckt sind.

Die Grünen sagen: Geben wir es ihm, weil er bestimmte Verhaltensmuster befolgt. Wenn er zum Beispiel die „Grüne Bildungskarenz“ absolviert, wenn er bestimmte, von der Regierung als wertvoll erachtete Tätigkeiten ausübt, wenn er in einer bestimmten Familienkonstellation lebt, wenn er ein bestimmtes Alter erreicht hat.

Die Liberalen sagen: Geben wir es ihm, weil er ein Mensch ist, der es braucht, und dem es hilft, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen. Machen wir den Menschen den Kopf frei von schieren Überlebensängsten, um ihre Kreativität zu entfalten und selbst sinnvolle Tätigkeiten und Lebensmuster zu entwickeln.

Die Grünen sagen: Schaffen wir Arbeitsplätze für alle durch verordnete Arbeitszeitverkürzung und staatlich besoldete Ökovolontäre. Für die, die auch durch diesen Rost fallen, nennen wir das Arbeitslosengeld Grundsicherung, bis wir sie wieder auf den Pfad der lebenslangen Vollzeitbeschäftigung zurückgeführt haben.

Die Liberalen sagen: Geben wir den Menschen den Rückhalt, NEIN sagen zu können und lassen wir sie und den Markt im übrigen selbst entscheiden, in welchen Lebenssituationen sie, selbständig oder unselbständig, welchen Tätigkeit in welchem Rhythmus nachgehen wollen. Das wird viel eher bedarfsgerechte Chancen für alle bringen, als dirigistische, auf unselbständige Vollzeiterwerbstätigkeit zentrierte Vorgaben.

Die Grünen sagen: Prüfen wir den Bedarf in jedem einzelnen Fall und nehmen wir den damit verbundenen Verwaltungsaufwand in Kauf, um die unmündigen Bürger auf dem rechten Weg zu halten.

Die Liberalen sagen: Den Bedarf zeigt die Steuererklärung von selbst. Verwenden wir den ersparten Verwaltungsaufwand für eine Verringerung der Arbeitskosten und schaffen wir dadurch zusätzliche Arbeitsplätze.

Die Grünen sagen: Geben wir jedem Kind 2.500 Schilling.

Die Liberalen sagen: Sichern wir jedem Kind ebenfalls sein Existenzminimum zu, das in dem Ausmaß ergänzt wird, als es die Eltern nicht aufbringen können.

Die Grünen sagen über sich selbst: "Wir wollen das bestehende System der sozialen Sicherung durch bedarfsorientierte und lebensbezogene Leistungen erweitern und ergänzen."

Die Liberalen sagen: Umdenken.

*Volker Kier, Nationalratsabgeordneter und Sozialsprecher des liberalen Forums*